



Grußwort von Bundespräsident Horst Köhler zur Einweihung der Hauptsynagoge München am 9. November 2006

Es gibt Worte, an denen scheiden sich die Geister, wenn sie auf das jüdische Leben in unserem Land bezogen werden – das Wort „Normalität“ zum Beispiel oder „Selbstverständlichkeit“. Und doch gibt es den Traum, dass jüdisches Leben in Deutschland eines Tages wieder eine Selbstverständlichkeit ist, ein Teil des Gesamten, eine Normalität, die nicht eigens betont werden muss.

Jeder, der weiß, was heute vor genau 68 Jahren geschah und was auf die so genannte „Reichskristallnacht“ vom 9. November 1938 folgte, wird solche Träume nicht leichthin formulieren. Unter der nationalsozialistischen Herrschaft wurden Millionen von Menschen jüdischer Herkunft entwürdigt, entrechtet, enteignet, sie wurden aus ihrer Heimat vertrieben, ermordet. Auch an einem Tag wie dem heutigen, an dem wir diese wunderbare neue Synagoge eröffnen, geht die Freude über dieses Ereignis einher mit Trauer und Entsetzen bei der Erinnerung an das, was damals in unserem Land geschah.

Es ist alles andere als selbstverständlich, dass nach der Shoah wieder Juden in Deutschland heimisch wurden. Und auch heute stoßen sich unsere Träume von einer Normalität jüdischen Lebens in Deutschland an einer Wirklichkeit, in der es offenen und latenten Antisemitismus gibt und in der die Zahl rechtsextremistisch motivierter Gewalttaten steigt. Das schmerzt. Es schmerzt, dass für den Tag der Grundsteinlegung dieser Synagoge – heute vor genau drei Jahren – ein Attentat geplant war. Es schmerzt, dass Neonazis heute hier ganz in der Nähe, auf dem Marienplatz, aufmarschieren wollten.

Wir stünden heute nicht hier ohne die Träume und die Entschlossenheit all jener, die nach 1945 darauf gebaut haben, dass Deutschland wieder Heimat für Juden sein kann. Paul Spiegel, den wir heute besonders vermischen, war einer von ihnen. Er hatte ein klares Ziel, es

lautete: „allmähliche Normalisierung und größere Unbefangenheit“. Und mehr noch, er hoffte auf eine „Renaissance des Judentums“ in unserem Land.

Ich denke, wir alle sollten uns hohe Ziele setzen. Wir brauchen Träume, wir brauchen eine Vorstellung davon, wie eine gemeinsame Zukunft in einem von Vielfalt und Toleranz geprägten Deutschland aussehen soll. Die Erinnerung an den grausamen Versuch, jüdisches Leben in Deutschland und in ganz Europa auszulöschen, wird uns dabei immer begleiten. Es reicht aber nicht, zu wissen, was damals geschah. Wir müssen die Lehren daraus – für heute und für alle Zeit – wach halten. Die Opfer zu vergessen oder ihr Schicksal zu relativieren, wäre ein neues Verbrechen an ihnen – und eine Versündigung an unserer eigenen Zukunft.

Noch bietet sich die Chance, das Gespräch mit Überlebenden und Zeitzeugen zu suchen. Der wichtigste Platz dafür ist die Schule. Ich freue mich darüber, dass Jugendliche die Geschichte ihrer Heimat und ihrer Familien erforschen, dass sie Fragen stellen und – hoffentlich – Antworten erhalten. Wir müssen dafür sorgen, dass diese Auseinandersetzung mit der Geschichte in Schule und Gesellschaft lebendig bleibt. Und wir müssen dafür sorgen, dass junge Menschen im Alltag erleben, welch hohes Gut Toleranz, Demokratie und Menschenrechte sind. Denn daraus erwächst eine Haltung, die klar macht: Es kommt auf jeden Einzelnen an – immer.

Sie, liebe Frau Knobloch, liebe Gemeindemitglieder, liebe Förderer dieses Synagogenbaues, sind heute an einem wichtigen Ziel angelangt; für Sie hat sich heute ein Traum erfüllt.

Mit der Eröffnung der neuen Hauptsynagoge am St.-Jakobs-Platz erhält die Israelitische Kultusgemeinde München und Oberbayern, die ja in den vergangenen Jahren stark angewachsen ist, weit mehr als bloß den Raum, den sie für ihre Arbeit braucht. Sie kehrt damit auch sichtbar ins öffentliche Bewusstsein der Stadt zurück. Das neue Jüdische Zentrum, zu dem diese Synagoge gehört, schließt nicht allein eine städtebauliche Lücke, die seit dem Zweiten Weltkrieg offen geblieben war. Es hilft auch mit, die geistige und kulturelle Lücke zu überbrücken, die die Vertreibung und Ermordung der Münchner Juden gerissen hat. Mein Amtsvorgänger Johannes Rau hat es bei der Grundsteinlegung heute vor drei Jahren so ausgedrückt: Hier entsteht ein neues Zeichen für Heimat.

Ganz besonders freue ich mich darüber, dass dieser Bau so viel Unterstützung von Bürgerinnen und Bürgern der Stadt erfahren hat; auch von vielen Menschen, die nicht zu Ihrer Gemeinde gehören. Das ist ein wichtiges Signal: für die jüdische Gemeinschaft und für die große Mehrheit der Anständigen in unserem Land, aber auch gegenüber denjenigen, die die Verbrechen des Dritten Reiches leugnen und noch

immer mit Hass oder Ablehnung auf alles Jüdische reagieren. Sie erfahren damit: Ihre Ansichten verfangen nicht.

Jüdische Religion, jüdisches Leben, jüdische Kultur schlagen im Alltag unseres Landes immer tiefere und neue Wurzeln. Vieles ist gerade in den letzten Jahren geschehen: Es gibt einen Staatsvertrag zwischen der Bundesrepublik und dem Zentralrat der Juden, der die Zukunft der jüdischen Gemeinschaft in unserem Land rechtlich absichert. Es sind Orte entstanden, an denen von den Schrecken des Naziterrors, aber auch von den weit über tausend Jahren deutsch-jüdischer Geschichte erzählt wird. Die jüdischen Gemeinden sind durch jüdische Zuwanderer aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion wieder stark angewachsen. Es gibt – bald auch hier am Jakobsplatz – neue jüdische Kindergärten und Schulen, die offen sind für alle Kinder und damit auch offen für eine gemeinsame Zukunft. Und in vielen Städten unseres Landes werden – wie hier in München – neue Synagogen und Gemeindehäuser gebaut.

Synagogen sind Orte des Gebets, der Hinwendung zu Gott und der Besinnung auf das, was dem eigenen Leben Orientierung verleiht. Zugleich sind sie Stätten der Gemeinschaft und Kristallisationspunkte für ein vielfältiges religiöses und kulturelles Leben. Die jüdischen Gemeinden haben darüber hinaus in den vergangenen Jahren sehr wichtige Aufgaben für unsere gesamte Gesellschaft übernommen: vor allem die, den jüdischen Zuwanderern zu helfen, in Deutschland Fuß zu fassen. Viele Gemeindemitglieder leisten – oft ehrenamtlich – eine großartige Arbeit. Und schließlich entstehen mit neuen Gemeindehäusern – wie dem, das nebenan gerade vollendet wird – auch Orte, an denen sich Menschen über die Grenzen von Religionen und Konfessionen hinweg im Alltag begegnen können. Hier kann man einen Kaffee trinken, zu Mittag essen, ein Konzert oder eine Lesung besuchen, hier kann man einander kennen lernen, einander befragen, vielleicht auch Kontroverses diskutieren – vor allem aber: miteinander reden statt übereinander. Das schafft Vertrauen, das stiftet Gemeinsamkeit.

Das heutige Datum, der 9. November, war in unserer Geschichte Vorbote von Schrecklichem, aber auch Anfang von glücklichen Entwicklungen. Heute, an diesem 9. November, können wir sagen: Wir sind Demokraten – und wir stehen dafür ein. Unser Staat hat sich verpflichtet, die Würde des Menschen zu achten und zu schützen – und er tut das auch. Das ist der große Unterschied zu den Jahren nach 1933. Die Verpflichtung jedes einzelnen von uns ist es, sich einzumischen und zu handeln, um zu verhindern, dass Menschen wegen ihrer Religion, ihrer Herkunft oder ihres Aussehens beleidigt, verletzt oder gar ermordet werden. Ich weiß, viele nehmen diese Verpflichtung ernst. Sie brauchen aber mehr Unterstützung: von Nachbarn und Kollegen, von den Verwaltungen, von den politisch Verantwortlichen auf allen Ebenen. Projekte und Initiativen gegen Extremismus und Gewalt müssen langfristig und kontinuierlich unterstützt statt nur sporadisch gefördert

werden. Die Auseinandersetzung muss stetig und umfassend geführt werden. Und natürlich gehört dazu auch, dass wir jungen Menschen eine Perspektive geben, Arbeit und Zugehörigkeit. Sie müssen erleben: Sie werden gebraucht in dieser Gesellschaft, sie haben eine Zukunft in diesem Land. In einem Land, das freiheitlich, vielfältig und offen ist, aber auch klare Grenzen gegenüber jenen zieht, die Freiheit, Vielfalt und Offenheit gefährden.

Ich habe eingangs von Träumen und Wünschen gesprochen. An diesem 9. November habe ich einen ganz konkreten Wunsch. Den nämlich, dass diese Synagoge bald ganz selbstverständlich zu München gehört – so, wie jede Synagoge in Deutschland ein Teil unserer gemeinsamen Zukunft ist.